

Pokern ohne Verluste

Die Ukraine ist ein Exerzierfeld für private Investoren. »Schocktherapie« des IWF führt Bevölkerung in Armut. **Von Olli Will und Jens Malling**

Ein gutes Rezept für eine Katastrophe. So beschreibt Josh Cohen, Experte für postsowjetische Wirtschaften, die »Schocktherapie«, die der Internationale Währungsfonds (IWF) mit der Unterstützung des Westens zur Zeit in der Ukraine durchführt. Er erläutert: »Die Ukraine befindet sich wirtschaftlich momentan im freien Fall. Das hat in erster Linie mit dem Krieg und den Problemen, die das Janukowitsch-Regime und 25 Jahre miserable Regierungsführung hinterlassen haben, zu tun.« Das Land habe 2014 ungefähr 7,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verloren. »Das ist deutlich mehr, als ursprünglich vom IWF vorhergesagt«, so Cohen weiter, der als Kenner der Situation in der Ukraine häufig in *The Moscow Times* und *Foreign Policy* schreibt.

Die Regierung in Kiew hat schon eine Reihe von Steuern erhöht und die bereits niedrigen Renten und Gehälter von Regierungsangestellten gekürzt. Darüber hinaus wurde der Mindestlohn eingefroren. Gassubventionen für Verbraucher werden vollständig im Verlauf der nächsten zwei Jahre abgeschafft. Als Bedingung für ein Kreditpaket des IWF mit einem Wert von 17 Milliarden Dollar über zwei Jahre, verpflichtete sich das neue, prowestliche Regime in Kiew im April 2014 zu einem umfassenden Sozialabbau. Wenn aber die einfache Bevölkerung der Ukraine, die bereits in einem der ärmsten Länder Europas lebt, den Gürtel enger schnallen muss, wem kommt dann dieses Geld zugute?

Nach einem Artikel des *Wall Street Journal* (WSJ) benutzte die US-Investmentfirma Franklin Templeton die politischen Unruhen, die im November 2013 in der Ukraine ausbrachen, um auf das Land zu »wetten«. Das Unternehmen kaufte billige ukrainische Staatsanleihen, die bei einer schnellen Lösung der Krise im Wert steigen würden. Dem WSJ zufolge hat Franklin Templeton für mehr als sieben Milliarden Dollar ukrainische Staatsanleihen gekauft.

In einem Youtube-Werbevideo vom 5. April 2014 hört man einen Manager von Franklin Templeton, Michael Hasenstab, sagen, dass die Wertpapierfirma die Ukraine als ein gutes Geschäft einschätzt, während er in Kiew entspannt durch die Barrikaden und Zeltcamps der Maidan-Bewegung flaniert. Hasenstab wurde in Finanzkreisen bekannt, als er mitten in der Euro-Krise dennoch auf Irland »wettete« und gewann. Nach Angaben des *Economist* wurde sein Gewinn in Irland nur so groß, weil das



»Ukrainische Nationalbank: Du bist verrückt« war am 16. Dezember auf diesem Dollarschein in Kiew zu lesen

Land »bailed out«, also gerettet wurde – von der EU und dem IWF.

Die Schlagzeile des Artikels im WSJ lautet: »Ukrainische Staatsanleihen locken ein paar mutige Investoren«. Aber sind Investoren wie Franklin Templeton in der Tat so mutig? Josh Cohen ist nicht dieser Auffassung. Diese und weitere Investmentfirmen haben ukrainische Schulden günstig gekauft, um schnelle Gewinne zu machen. In der Erwartung, dass das Land geopolitisch zu wichtig ist, um fallengelassen zu werden. Spekuliert wurde, dass die Ukraine in jedem Fall wirtschaftlich entweder von Russland oder dem Westen gerettet würde.

Das sogenannte »Hilfspaket« vom April bestätigte diese Einschätzung. Einer der Hauptpunkte des IWF-Programms für die Ukraine bestimmt, dass das Land seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen muss. Mit anderen Worten, dass Investoren wie Franklin Templeton so weit wie möglich schadlos bleiben. Cohen argumentiert: »Ich hätte nichts dagegen, Franklin Templetons Ausgangslage zu haben: Ich pokere und investiere in ein Land. Wenn dieses Land in Schwierigkeiten gerät, weiß ich, dass zumindest meine Verluste abgedeckt werden. Bei einem für mich positiven Verlauf kann ich jedoch enorm profitieren.«

Cohen hat bereits praktische Erfahrungen mit wirtschaftlichen Reformprojekten in der früheren Sowjetunion ge-

sammelt. Er war in den 1990er Jahren in der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (USAID) tätig. Zu dieser Zeit führte der IWF eine ähnliche Wirtschaftspolitik in Russland ein. Cohen sah, welche Auswirkungen die vorgeschriebene Schocktherapie für das Land hatte. »Gleich nachdem die Sowjetunion im Jahr 1991 zusammengebrochen war, begann der IWF ein Programm in Russland, das dem, welches nun die Ukrainer durchleben, gleichkommt. Es umfasste die Aufhebung der Preiskontrollen und tiefe Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben. Es war ein komplettes Desaster für die Russen. Sie verloren rund 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und erlebten Inflationsraten von 20 Prozent pro Monat. Millionen wurden in die Armut gedrängt«, sagt er. »Die Politik des IWF ist selbstzerstörerisch. Wenn der Fonds tatsächlich die ukrainische Wirtschaft zerstört, womit er schon angefangen hat, wird es mehr Munition für die antiwestlichen Kräfte im Land geben«, so Mark Weisbrot, Direktor des Zentrums für Wirtschaftsforschung und Politik (CEPR) mit Sitz in Washington.

Anfang Dezember 2014 führte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, eine Kabinettsumbildung in seiner Regierung durch. Neue Finanzministerin wurde die US-Amerikanerin Natalia Jaresko. Der Litauer Aivaras Abromavicius erhielt den Posten des Wirt-

schaftsministers. Beiden wurde, kurz bevor sie ihre neue Arbeit begannen, die ukrainische Staatsbürgerschaft ausgestellt. Sie wurden ernannt, nachdem die Ukrainerin Waleria Gontarewa bereits im Juni die wichtige Position als Zentralbankchefin übernommen hatte. Alle drei kommen aus der »Finanzwelt«, in der sie bei verschiedenen Kapitalfonds beschäftigt waren. Kritiker weisen darauf hin, dass die beiden Minister nur begrenzte politische Erfahrung haben.

»Die Regierung in Kiew bemüht sich sehr, den IWF-Empfehlungen zu folgen. Die neuen Minister sind bereit, alles in ihrer Macht zu tun, um das Programm durchzuführen«, sagt Cohen. Ein Sprecher von Franklin Templeton erzählt gegenüber dem *Economist* über die Bedeutung der Hilfspakete und IWF-Aktivitäten in der Ukraine: »Ihre Anwesenheit oder Abwesenheit hat unsere Investitionen nicht direkt beeinflusst.« Schon im Herbst erkannte der IWF, dass das erste Kreditpaket nicht ausreichen und die Ukraine wahrscheinlich ein zusätzliches Darlehen in der Größenordnung von 19 Milliarden Dollar brauchen werde.

»Wenn du Franklin Templeton bist und stark in ukrainische Schulden investiert hast, kannst du nichts anderes als begeistert sein. Dann sitzt du einfach und wartest, bis der IWF und der Westen auch die neuen Kredite genehmigen«, fasst Josh Cohen zusammen.

Karstadt wird kleiner

Unternehmensleitung einigt sich mit Betriebsrat auf 1.400 Kündigungen

Der Stellenabbau bei Karstadt nimmt konkretere Formen an. Die Warenhauskette hat sich mit dem Gesamtbetriebsrat über die Zahl der geplanten Kündigungen geeinigt. Die konnte, so die Belegschaftsvertretung, deutlich verringert werden. Wie Hellmut Patzelt, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, am Samstag berichtete, droht nun 1.400 Beschäftigten die Entlassung. Ursprünglich sollten es 2.750 sein. Mit dem Ergebnis zeigte sich

Patzelt »sehr zufrieden«. Auch das Unternehmen sprach von einem »Durchbruch« beim Sanierungsprogramm.

Konzernführung und Betriebsrat verständigten sich darauf, für die von Kündigungen betroffenen Mitarbeiter eine Transfergesellschaft einzurichten. Ziel dabei sei die Weiterbildung der Gekündigten. Auch bei den heftig kritisierten Plänen, spezialisierte Serviceteams für die Warenversorgung zu bilden, sei eine Einigung erzielt worden. Die Ge-

werkschaft ver.di hatte Lohneinbußen befürchtet. Angeblich will man nun auf »Freiwilligkeit und Fluktuation« setzen. So soll es keine Änderungskündigungen oder Abgruppierungen geben, ließ der Konzern verlauten. Wie das mit dem Anspruch, »wirtschaftlich vertretbar« Beratung und Service auszubauen, zusammengeht, bleibt indes unklar. Nach Gesamtbetriebsratschef Patzelt ist es nun Aufgabe des Managements, mit dem operativen Geschäft dafür zu sor-

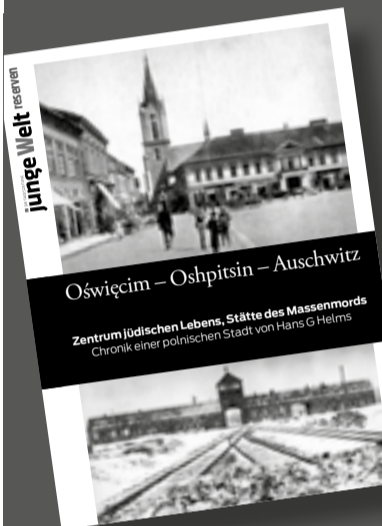
gen, dass wieder Geld verdient werde.

Auch für ver.di-Pressesprecherin Eva Völpel steht die Frage im Vordergrund, mit welchen Konzepten das Unternehmen seine Umsätze wieder steigern könne. Bislang habe Karstadt, so Völpel, lediglich an der Personalkostenschraube gedreht. Bei den Tarifverhandlungen will ver.di Standort- und Beschäftigungsgarantien sowie eine möglichst rasche Rückkehr des Unternehmens in die Tarifbindung erreichen. (dpa/jW)

Opel sieht sich im Aufwind

Berlin/Rüsselsheim. Autobauer Opel hat zum Jahresbeginn deutlich mehr Wagen als zuvor abgesetzt. 9,2 Prozent mehr Fahrzeuge hat der Konzern im Januar auf dem Heimatmarkt verkauft. »Ich gehe fest davon aus, dass wir beim Absatz als auch beim Marktanteil zulegen werden und Ende des Jahres wieder besser abschneiden werden als 2014«, so Vertriebschef Jürgen Keller gegenüber *Autogazette.de*. Im vergangenen Jahr schrieb Opels US-Mutterkonzern, General Motors (GM), in Europa ein operatives Minus von fast 1,2 Milliarden Euro. (dpa/jW)

jW-Shop



Oświęcim – Oshpitsin – Auschwitz

Zentrum jüdischen Lebens, Stätte des Massenmords

Chronik einer polnischen Stadt von Hans G. Helms

Eine Serie auf den jW-Themen-seiten, erschienen 2007

Neuaufgabe 2015, 32 Seiten, broschiert,

Einzelpreis 2,00 €

Ja, ich bestelle von der Broschüre Oświęcim – Oshpitsin – Auschwitz zum Preis von 2,00 € (zzgl. 1,50 € Versandkosten, ab einer Bestellung von 10 Stck. entfallen die Versandkosten)

Exemplare:

Gesamtpreis: €

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Ich ermächtige Sie hiermit, die genannte Summe von meinem Konto abzubuchen:

Kontonummer

BLZ

Geldinstitut

Datum/Unterschrift

Bestellkupon einsenden an:
Verlag B. Mai GmbH,
Torstr. 6, 10119 Berlin,
oder faxen an:
0 30/53 63 55-44